

Freie Kooperation

Christoph Spehr

Cristoph Spehr, geboren 1963, lebt in Bremen in Deutschland. Mitarbeiter der »alaska – Zeitschrift für Internationalismus«, freier Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, sowie Bürokraft in der Uni-Kita Bremen und freier Autor. Organisiert seit 2000 die jährlichen Kongresse »Out of this world – Science-Fiction, Politik, Utopie« (Bremen/Berlin). Mitarbeit am Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus (HKWM). Bücher u.a.: »Die Aliens sind unter uns! Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter« (1999); »Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation« (2003); »Out of this World – Reloaded« (2004). Videos (zus. mit Jörg Windszus) u.a.: »Time is on my Side. Eine Video-Show zur politischen Utopie« (2002); »The p-files« (2003); »On Rules and Monsters. An introduction to free cooperation« (2004). <http://www.outofthisworld.de/yeti>

Politische Utopien sind in modernen oder postmodernen Zeiten keineswegs obsolet, aber selbstverständlich gibt es einige Dinge, die heute anders sein müssen. Politische Utopien müssen sich heute von den meisten Aspekten, die traditionelle politische Utopien ausmachen, verabschieden. Die Mehrheit des utopischen Denkens ist präskriptiv, es schreibt den Menschen vor, was zu tun ist. Die dahinter liegende Idee ist, dass die Gesellschaft gut funktioniert, wenn die richtigen Regeln aufgestellt werden. Aber diese Regeln müssen beachtet werden, sie sind wie ein Käfig, den der/die SchöpferIn der Utopie gebaut hat, und dann werden Leute in diesen Käfig gesteckt, die den Regeln folgen müssen, und dann wird es funktionieren. So etwas ist heute nicht mehr akzeptabel, und kann niemals eine freie Utopie werden. Utopien müssen auf der Tatsache aufbauen, dass die Leute tun, was sie wollen, man kann keine Idee des richtigen Bewusstseins verordnen, von richtig und falsch, man kann nicht bestimmte Wünsche oder Handlungen als falsch ausschließen.

Es ist auch wichtig, dass utopisches Denken nicht elitär ist in dem Sinne, dass es eine Elite gibt, die das richtige Bewusstsein hat, das richtige Wissen, eine Gruppe von Entscheidungsbefugten, von wissenschaftlich Denkenden, die für andere definieren können, was wirklich der Fall ist. Sondern eine Utopie muss auf einer Gemeinschaft von Gleichen aufbauen, in der es nicht ins Gewicht fällt, was die Leute gelesen haben und mit welchen Theorien sie vertraut sind. Es muss mit den unterschiedlichsten Menschen funktionieren und sie müssen auf gleicher Basis teilnehmen dürfen. Der Zugang zur Utopie sollte nicht danach beschränkt werden, woher eine Person kommt.

Politische Utopien können auch nicht mehr hierarchisch sein. Und zwar nicht nur was Hierarchie als Organisationsform betrifft, sondern auch in Bezug auf eine vorgegebene Einteilung in wichtige und unwichtige Angelegenheiten – was für klassische Utopien typisch war. Ein bedeutender Teil des utopischen Denkens definiert entweder die Ökonomie als Kernbereich, oder die Herstellung von Werkzeugen, und

andere Bereiche wie Kindererziehung oder kreatives Arbeiten müssen den Regeln der anderen folgen. So etwas ist illegitim, weil es immer mit einer Hierarchie zwischen unterschiedlichen Menschen mit unterschiedlichen Tätigkeiten Hand in Hand geht, und somit ein klarer Fall von Ungleichheit ist. Man könnte sagen, dass die Utopie in die Küche zurückgebracht werden und dort funktionieren muss, und die Regeln der Küche müssen für die größeren Unternehmen gelten – und nicht umgekehrt. Alles, was Menschen gemeinsam tun, ist eine Form der Kooperation, weil sie ihre Arbeit teilen und sie in direkter oder indirekter Form die Arbeit, Erfahrung und Existenz von anderen benutzen. Es gibt zwei Extreme, freie und erzwungene Kooperation, und das meiste, was wir in unserer Gesellschaft erleben, ist erzwungene Kooperation.

Drei Aspekte müssen berücksichtigt werden, wenn eine freie Kooperation aufgebaut werden soll. Der erste ist, dass alle Regeln in dieser Kooperation von jedem und jeder hinterfragt werden können, dass es keine sakrosankten Regeln gibt, die nicht in Frage gestellt werden können, oder zurückgewiesen oder neu verhandelt – was in den meisten Kooperationen, die wir kennen, nicht der Fall ist.

Der zweite Aspekt, der für freie Kooperation garantiert sein muss, ist, dass die Leute diese Regeln hinterfragen und ändern können durch Einsatz der Primärkraft der Kooperationsverweigerung, durch Einschränkung ihrer Kooperation, durch Zurückhaltung ihres Beitrags, dass sie Bedingungen für ihre Mitarbeit stellen können, und eine Kooperation verlassen können. Alle müssen das Recht haben, diese Maßnahmen einzusetzen, um die Regeln zu beeinflussen.

Der dritte Aspekt – und der ist zentral, sonst wäre es bloß Erpressung der weniger Mächtigen durch die Mächtigen – ist, dass der Preis der Nicht-Kooperation für alle vergleichbar hoch sein sollte, und leistbar. Keine Kooperation darf eine alternativlose Existenzvoraussetzung sein.

Wenn diese drei Bedingungen gewährleistet sind, ist eine Kooperation frei, weil jede/r die Regeln in Frage stellen oder ändern kann, darüber mit der Macht, die eigene Mitarbeit zu verweigern, in Verhandlungen eintreten kann, oder die Kooperation verlassen und eine mit anderen Menschen suchen kann. Den Preis des Austritts für alle gleich zu machen, das dritte Element, das ist das »Kerngeschäft« linker Politik.

Ein gutes Beispiel für eine freie Kooperation ist das Verhalten der Frauen der Zapatistas in einer Phase, als die Bewegung begann und die Entscheidung über die Form und den Zeitpunkt des Kampfes gegen die mexikanische Regierung zur Debatte stand. Berichten zufolge gab es eine Versammlung der Frauen der Bewegung und sie machten klar, dass es bestimmte Bedingungen gab, unter denen sie an dem Kampf teilnehmen würden: Fragen der Repräsentation in der Bewegung, eine Anerkennung der Rechte der Frauen durch die Bewegung. Wenn das geklärt sei, würden sie mitmachen, andernfalls nicht. Das ist ein gutes Beispiel, weil in dieser Beziehung in vielen nationalen und kolonialen Befreiungsbewegungen etwas schief lief, weil dort die Form zur Hauptfrage erklärt wurde. Da lief es immer so: Jetzt, wo man ein Kolonialsystem zu bekämpfen habe, müssten sich alle dem Kampf anschließen, alle anderen Fragen seien erst später zu klären – was natürlich nicht funktioniert, weil der Punkt des Beginns ist genau der Punkt, wo es um Grundsatzverhandlungen geht. Und sie setzten ihre Macht – die Möglichkeit, die Teilnahme an der Bewegung zu verweigern – ein, sie stellten Bedingungen für ihre Kooperation, und sie taten es in einer Art und Weise, die auf ihrer Macht als Gruppe basierte. Es gab keine Notwendigkeit, die formelle Entscheidungsfindungsstruktur der Zapatistas zu infiltrieren,

solche Dinge funktionieren unabhängig davon, wie solche Strukturen organisiert sind. Sie kamen als Gruppe zusammen und formulierten ihre Bedingungen. Es ist auch deshalb signifikant, weil es nicht von Bedeutung ist, dass jede/r ihre Motive und Gründe versteht, es ist nicht notwendig, dass sie die erklären. Es ist nur eine Verhandlung, die stattfindet, und eine Entscheidung kann getroffen werden. Diese Kraft geht in den meisten formellen Repräsentationssystemen verloren, so viel ist ausgeschlossen, weil es nicht ins System passt. Aber in diesem Beispiel wurde diese Kraft wirklich genutzt.

Um sich dem Konzept der freien Kooperation zu nähern, ist es notwendig, einen Überblick über die Art von Instrumenten zu geben, die in erzwungenen Kooperationen eingesetzt werden, was für Machtformen in der Gesellschaft existieren und was für eine Befreiung notwendig ist. Dabei zeigt sich, wie unterschiedliche Bewegungen sich auf verschiedene Aspekte erzwungener Kooperation konzentriert haben. Viel kann diesbezüglich durch unterschiedliche historische Kontexte und Situationen erklärt werden.

Auf der einen Seite ist festzustellen, dass Macht und Zwang auf verschiedenen Ebenen ausgeübt werden, auf wenigstens fünf Ebenen, von der direkten physischen Gewalt, zu verschiedenen Formen der ökonomischen Gewalt, die Abhängigkeit ausnützt, verschiedene Formen der Kontrolle, zu spezielleren gesellschaftlichen Formen wie Diskriminierung, für die nur eine bestimmte Art des Verhaltens von Menschen in einer Gruppe notwendig ist und sonst nichts weiter drastisches. Es gibt auch eine Ebene, die mit Kontrolle der Öffentlichkeit zu tun hat, der Kontrolle, wer in einer Gesellschaft sprechen darf und gehört wird, und es gibt eine Ebene, die mit Formen der Abhängigkeit im Allgemeinen zu tun hat, weil je mehr man von einer Kooperation abhängt, desto unfreier ist man in ihr.

Diese unterschiedlichen Formen der Gewalt auf der anderen Seite lassen sich in eine Matrix ordnen. Es gibt Schritte, die jedes Individuum oder jede Gruppe, die sich befreien will, unternehmen muss. Zuerst müssen die Instrumente der Herrschaft abgewickelt werden, man muss die Idee aufgeben, sie für bessere Dinge einzusetzen. Die Einnahme der Zitadellen, um dann eine bessere Politik zu verfolgen, klappt nicht. Man muss diese Gewaltinstrumente abschaffen, es müssen alternative Wege der Kooperation und Verhandlung gefunden werden, alternative Regeln für die Gesellschaft. In der italienischen feministischen Diskussion wird in diesem Kontext der Begriff der »Politik der Beziehungen« benutzt. Es müssen alternative Wege der Vergesellschaftung gefunden werden, aber es müssen auch neue gesellschaftliche Fähigkeiten entwickelt werden, die wir nicht haben, oder in unserer Gesellschaft verlieren, weil wir nie üben, miteinander zu verhandeln. Es müssen auch unabhängige Formen der Artikulation entwickelt werden, einer Rückeroberung des öffentlichen Raums. Wenn das geschieht, ergibt sich eine Art Matrix und es zeigt sich, dass die Politik der freien Kooperation nicht etwas ist, was sich jemand als Blaupause ausdenkt, sondern das sich aus dem ableitet, was soziale Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert getan haben.

Das Konzept der freien Kooperation diktiert keine spezielle Art und Weise, in der die Gesellschaft eingerichtet werden soll oder irgendeine andere Ebene des Gesellschaftlichen. Es ist nur ein Weg der Entscheidungsfindung, und das kann und wird immer Entscheidungsfindung beinhalten, die Gruppen in die Lage versetzt, Entscheidungen zu treffen, die nicht von jedem Mitglied der Gruppe getroffen werden. Es versetzt eine Gruppe in die Lage, spezielle Regeln für bestimmte Bereiche einzu-

setzen, die für eine bestimmte Zeit praktisch erscheinen. Das ermöglicht Lernen, Experimente und Anpassung im Angesicht von Problemen.

Wir neigen dazu, sehr kritisch gegenüber anderen Gemeinschaften zu sein, indem wir Aspekte aufzeigen, die auf den ersten Blick der Vorstellung von Freiheit und Gleichheit widersprechen, etwa eine militärische Hierarchie in einer Befreiungsbewegung. Aber das ist nicht der Punkt. Der Punkt ist, ob es für diese Gruppen möglich ist, ihre Entscheidung zu revidieren: Wurde die Entscheidung wirklich unter Bedingungen der Gleichheit und unter freiem Willen von den Mitgliedern getroffen, weil es die Umstände notwendig gemacht haben, oder hat es einen Punkt erreicht, wo es nicht mehr rückgängig gemacht werden kann?

Es ist möglich, andere Gemeinschaften in der Weise zu befragen, aber man kann nicht für sie sprechen oder entscheiden, was für sie richtig ist. Aber man kann die Bedingungen befragen, unter denen die Entscheidung stattgefunden hat.

Eine häufig gestellte Frage ist, was freie Kooperation im Bereich der Wirtschaft bedeutet. Ist es möglich, ein Unternehmen als freie Kooperation zu betreiben? Ist das nicht unmöglich, weil Unternehmen sich nicht auflösen können, wenn die dort Beschäftigten sich über die künftige Entwicklung uneinig sind, und führt das nicht ein Element der Instabilität in das ganze System ein? Müssen wir das nicht ausschließen? Basiert freie Kooperation nicht auf der Bedingung, dass alle genug zu essen und ein angenehmes Leben haben, was ja die Wirtschaft garantieren muss, weshalb sie von der freien Kooperation ausgenommen sein muss?

Doch selbstverständlich können Unternehmen als freie Kooperation betrieben werden. Wir kennen Beispiele dafür aus verschiedenen sozialen Projekten, die mit Geld zu tun haben, die Dinge produzieren, und die freie Kooperationen sind, mit Verhandlungen unter den Beteiligten, Abkommen und Trennungen im Fall von ausbleibendem Einverständnis, die nach Wegen suchen, die Sache in möglichst gleichberechtigter Weise zu betreiben. Es gibt auch Beispiele aus dem so genannten Dritten Sektor, wo Gruppen mit öffentlichen Geldern hantieren, das ihnen zur Erzielung bestimmter Ergebnisse zur Verfügung gestellt wird, aber in deren Durchführung sie frei sind. Es gibt diese Beispiele, aber für die Struktur der Unternehmen würde es eine radikale Änderung bedeuten, das würde enorme Einschnitte in den konzentrierten Wirtschaftsorganisationen implizieren. Das schließt z.B. die Möglichkeit aus, dass es Leute gibt, die ein derart spezialisiertes Wissen haben, dass nichts ohne sie getan werden kann. Es muss also Prozesse der Verteilung von Wissen und Fähigkeiten geben. Es bedarf auch eines Umfelds, in dem es Leuten ermöglicht wird, zu gehen, weil sie andere Optionen haben – was bedeutet, dass ihre Existenz garantiert ist, und sie nicht auf ihren Job in diesem Betrieb angewiesen sind. Das bedeutet, dass öffentliche Investitionen in einer Weise vorgenommen werden, dass es nicht nur eine Struktur gibt, in der jemand mit einer spezifischen Ausbildung arbeiten kann, sondern dass es Alternativen gibt, und dass garantiert ist, dass ich einen fairen Anteil erhalte. Das ist natürlich radikal, aber notwendig. Und es ist auch nicht einsichtig, warum es nicht möglich sein soll, dass Unternehmen sich aufspalten, wenn es Uneinigkeit über ihren künftigen Weg gibt. Wir sehen das ja bereits: Große Kapitale zerteilen kleine Kapitale, setzen das Ganze neu zusammen – all das erscheint ganz normal, und dennoch scheint es unvorstellbar, dass die Leute, die dort arbeiten, es selbst machen.

Wenn wir Unternehmen als freie Kooperationen denken, müssen wir auch Formen entwickeln, die Leute von außen einzubeziehen. Das war der blinde Fleck in vie-

len Experimenten innerhalb von sozialistischen Ländern, die dem nahe kamen – wie die Idee der Arbeiterdemokratie in den Unternehmen – aber die alle von außerhalb des Unternehmens ausschlossen. Es muss sichergestellt werden, dass ihre Form der Kooperation in irgendeiner Form repräsentiert ist, weil sie die Unternehmen in die Lage versetzen, ihrer Tätigkeit nachzugehen. Dazu braucht es viel praktische Erfahrung. Es müssen auch historische Experimente danach überprüft werden. Die Frage des Umgangs mit ökonomischer Macht ist natürlich der Kern des Umgangs mit gesellschaftlicher Macht überhaupt.

Die Hauptfrage, was die Implementierung freier Kooperation in der heutigen Welt betrifft, ist die Frage des Eigentums. Dazu ist es notwendig, die Idee, dass alles Eigentum oder soziales Kapital auf kollektiver Arbeit basiert, auf der Arbeit von heute lebenden und von zum Teil schon gestorbenen Menschen. Diese Art des Kapitals, in Form technischen oder sozialen Wissens, kann nicht nur einer kleinen Gruppe von Menschen gehören, nur weil sie im Management von Unternehmen sitzen – das ist einfach lächerlich. Auf der anderen Seite ist Eigentum, der Zugang zu Kapital für die Leute notwendig. Es ist nicht unanständig, Eigentum zu beanspruchen, weil wir brauchen die Arbeit von anderen, wir brauchen Zugang zu Kapital, um Dinge zu tun, um zu überleben. Es ist nicht möglich, jede Form von Eigentum abzuschaffen. Es kann keine Gesellschaft geben, in der alle tun, was sie wollen und sich einfach nehmen, was sie wollen.

Regeln für den Zugang zu Eigentum sind also notwendig, und das beinhaltet die Notwendigkeit der Übertragung von Eigentum bzw. der gerechteren Verteilung von Eigentum. Dieser Prozess beinhaltet notwendige Schritte. Nicht immer kann Eigentum in Einzelteile aufgeteilt und verteilt werden, aber Eigentum muss verwandelt und umverteilt werden.

Eine wichtige Frage, auf die heutzutage eine Antwort gefunden werden muss, ist die Mobilität des Kapitals. Die steht der Vorstellung entgegen, dass der Preis für die Auflösung einer Kooperation für alle vergleichbar hoch sein muss. Das Großkapital heute macht das Gegenteil, weil es beansprucht, alles Kapital mit sich zu nehmen, auf der Suche nach einem Ort, wo die Menschen willfähiger sind. Das muss eingeschränkt werden. Ansonsten ist es nicht möglich, Formen der Eigentumsverteilung vorzunehmen, ja die Regeln überhaupt zu verändern.

Kapitalistische Märkte haben Eigenschaften, die nicht in eine freie Kooperation übertragen werden können. So ist es etwa unakzeptabel, dass je erfolgreicher ein/e MarktteilnehmerIn ist, desto eher er/sie alle anderen ausschließen kann. Und klarerweise ist in kapitalistischen Märkten der Hauptaspekt des Wettbewerbs nicht, besser zu sein oder bessere Ideen zu haben, sondern die Anwendung von Gewalt gegen andere, um billiger zu produzieren. Das kann natürlich kein Element eines Markts in einer freien Kooperation sein.

Es ist nicht der Fall, dass wir keine Alternativen kennen würden oder dass es keinen Widerspruch oder Gegenbewegungen zu den meisten Formen der Unfreiheit oder Ungleichheit gäbe. Das Problem ist, dass sie einander nicht ordentlich unterstützen, dass die Bewegungen sehr spezifisch in ihrem kulturellen Rahmen agieren und eine Vielzahl anderer Menschen ausschließen. Das ist auch heute noch der Fall, deshalb bedarf es dringend eines Prozesses der besseren und tieferen Verständigung zwischen unterschiedlichen Bewegungen, eines Prozesses der kulturellen Öffnung, und neuer Verbindungen zwischen dem Alltagsleben und Formen der Alltagsko-

operation, Widerstand, alternativer Kooperation und dem, was wir für gewöhnlich als die großen politischen Fragen betrachten.

Es gibt keine wirkliche Veränderung der Gesellschaft und ihrer Strukturen ohne Einzelschritte. Aber diese Schritte müssen Reformen in dem Sinn sein, dass sie nicht nur Bewegungen, sondern auch Institutionen einsetzen. Wir können nicht alle Institutionen loswerden, wir müssen auch Erreichtes in Gesetzen festlegen, weil das Teil des Kampfes ist. Hier besteht die Gefahr, nicht zu sehen, dass das nur ein Teil des Kampfes ist und dass auch an die Richtung, in utopischer Hinsicht, gedacht werden muss. Eine utopische Gesellschaft wird nicht durch die Anhäufung von Reformen in verschiedenen Bereichen erreicht, es braucht auch eine Form der Richtung und Orientierung, die nicht als Wahrheit zu verstehen ist, sondern als Ergebnis von Verhandlungen zwischen emanzipatorischen Bewegungen. Es besteht bereits eine Vielzahl von Ideen, die zum Konzept der freien Kooperation Bezüge aufweisen, und die in eine interessante Diskussion miteinander gebracht werden können. Diese Diskussion ist entscheidend, weil diese Form des Dialogs zwischen unterschiedlichen Ideen, Menschen und Gruppen ist notwendig, um Koalitionen aufzubauen, und die brauchen wir heutzutage.